

Markt als Naturereignis?

Eine Debatte über Strom und seine Privatisierung

Ab 1999 wird in der Europäischen Union die Liberalisierung des Strommarktes umgesetzt. Die Schweiz sieht sich zum "autonomen Nachvollzug" gezwungen. Die Interessengruppen streiten über Tempo und Modalitäten. Die Öffnung des Strommarktes birgt Risiken wie Öko-Dumping, Personalabbau, Privatisierung und Billigstrom in sich, aber auch Chancen für einen erneuerten "service public". Zur Stromdebatte fanden auf Einladung der Alternativen Liste AL unter Leitung von Eva Kuhn Niklaus Scherr, Hanspeter Guggenbühl, Heini Glauser und Christian Besmer zusammen. Abschrift und Bearbeitung von Florian Wick und Roland Brunner.

Eva Kuhn: Die EU hat sich die Liberalisierung der Strommärkte auf ihr Banner geschrieben, mehr Wettbewerb und keine Monopole mehr. Wir erleben als Folge des Energieüberflusses einen beinhalten Konkurrenzkampf. Von Umweltstandards spricht man kaum.

In der Schweiz hat man sich von dieser Hektik erfassen lassen; alle Beteiligten versuchen, sich über Wasser zu halten. Die Frage ist, wohin wir dabei treiben, denn effektive Zielsetzungen sind nicht auszumachen. Wohin geht die Stromreise?

Hanspeter Guggenbühl: Ich bin nicht grundsätzlich ein "Fan" des Strommarktes, ich bin aber gegen Verzerrungen des Wettbewerbes. Einen Markt haben wir schon jahrelang, aber mit beschränktem Zugang, denn bisher waren nur die Elektrizitätswerke beteiligt. Der Zugang soll jetzt erweitert werden, das nennt man "Liberalisierung", besser wäre "Öffnung der Marktverzerrung", denn zuerst können nur die Grossen teilnehmen (und die Rosinen picken). Das finde ich nicht gut.

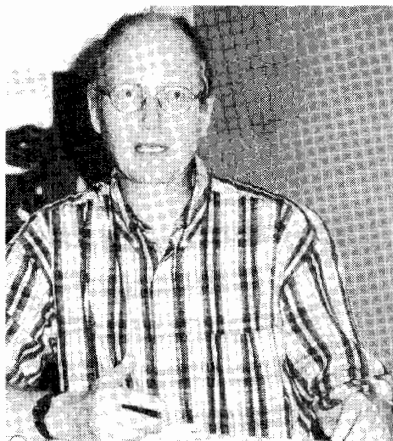
In Zürich haben wir heute ein staatliches, respektive ein kommunales Monopol. Der marktähnlichste Charakter ist beim Elektrizitätswerk der Stadt Zürich EWZ zu finden,

während Private eher Monopolcharakter haben und auch die grösste Monopolrente absetzen.

Heini Glauser: Ich finde Monopole jeder Art grundsätzlich problematisch. Als privater Strombezüger bezahle ich bei der gegenwärtigen Lage meine Rechnungen. Politisch kann ich nicht mitreden. Übermorgen kann ich mitbestimmen, welchen Strom und Versorger ich will. Ich kann durch den Markt über die Qualität des Stromangebotes mitentscheiden.

In der Übergangsphase zum Strommarkt der Zukunft brauchen wir gescheite Modelle, damit sich nicht Einzelne masslos bereichern können, denn alle Beteiligten verteidigen natürlich ihre eigenen Interessen.

Niklaus Scherr: Ich bin da eher kritisch. Das ist mir eine zu heile Welt-sicht. Das EWZ versucht gegenwärtig, sich der öffentlichen Kontrolle zu entziehen und mit der Öffnung der Märkte vor allem seinen 22 Grosskunden billig Strom zu verkaufen.

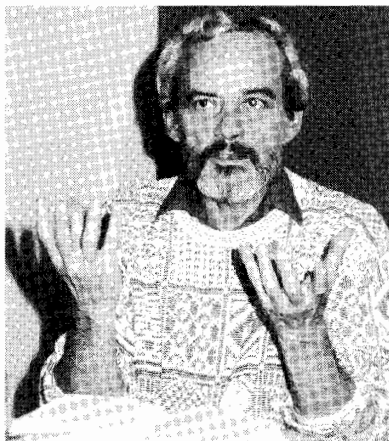


Heini Glauser, Vizepräsident der Schweizerischen Energiestiftung SES

Eine wichtige Frage besteht für mich darin, wie in diesem Kontext ein kommunaler "service public" gewährleistet werden soll. Dazu gehört eine tarifäre Solidarität, die nicht von drei bis vier Monopolen und ebenso vielen Grossabnehmern zunichte gemacht wird. Ich bin also gespalten zwischen einer Kritik an einer gewissen Politik des EWZ und der Sorge um einen solidarischen "service public".

Christian Besmer: Die Vereinigung der Städtischen ArbeitnehmerInnen VSAZ und die Gewerkschaft des Personals öffentlicher Dienste VPOD ziehen in dieser Sache am gleichen Strick: Wir sind kategorisch dagegen, im vorausweisenden Gehorsam heute – vor der Diskussion und eventuellen Annahme des nationalen Strommarktgesetzes – den Grosskunden billigeren Strom anzubieten.

Woher kommt denn die gegenwärtige Welle von Privatisierung und neoliberalen Konzepten? Wem dient sie? Nach der Paraguay-Runde des GATT 1994 klinkte sich auch die Welthandelsorganisation (WTO) ein und es wurde ein Multilaterales Abkommen für Investitionen (MAI) erarbeitet. Darin wird als Leitlinie festgelegt, dass der Strommarkt weltweit noch von 12 Multis (z.B. dem Ölmulti Exxon) beherrscht wird; das wird von einer Studie des *Massachusetts Institute of Technology* (MIT) so belegt. Mir ist ein demokratisch kontrolliertes Monopol aber immer noch lieber als eine Kontrolle des Strommarktes durch einige demokraticfer-



Niklaus Scherr, Gemeinderat der Alternativen Liste/Linkes Bündnis und Präsident des Komitees gegen den Privatisierungswahn

ne Multis. MAI wird – falls es je zu seiner Unterzeichnung kommt – die staatliche Souveränität wirtschaftlich stark einschränken. Diese Gesichtspunkte müssen wir bei unserer Debatte berücksichtigen.

Eva Kuhn: Wem dient denn nun eigentlich die Liberalisierung?

Scherr: Wir müssen zwei Dinge sauber trennen: Einerseits geht es um eine Entflechtung der Verteilwege, sodass EndverbraucherInnen und VerteilerInnen selber bestimmen können, wo sie ihren Strom beziehen wollen. Das ist auf nationaler Ebene. Oft wird das gleichgesetzt mit der Forderung, auch lokale Strukturen müssten privatisiert werden, in AG-Strukturen eingebaut werden. Das ist aber nicht dasselbe. Kombiniert man diese beiden Stränge, wird dies zu einem Konkurrenzkampf auf lokaler Ebene führen, der mit einer neuen Monopolstruktur enden wird. Für die KleinverbraucherInnen wird sich dann nicht viel ändern.

Die Änderungen, die ökologische und soziale Auswirkungen haben – zum Beispiel der billigere Einkauf von Strom –, sollten mit Lenkungsmaßnahmen flankiert werden. Im Moment sehe ich eine solche Politik in Zürich nicht. Andernorts, zum Beispiel in Basel, wird darüber nachgedacht. Ich möchte die These von *Joschka Fischer*, jetzt deutscher Aussenminister, zur Diskussion stellen. Er meint, es sei egal, ob die Verteiler staatlich oder privat sind, wichtig sei eine gute Rahmengesetzgebung. Mit



Eva Kuhn, Grossrätin der SP im Kanton Aargau

einer solchen Aussensteuerung können ökologische Ziele erreicht werden. Ich frage mich aber, wo bei diesem Modell die von mir erwähnte Tarifsolidarität stattfindet. Es fehlt der sozialpolitische Gesichtspunkt.

Glauser: Wesentlich scheint mir der Gesichtspunkt der verschiedenen Rechtsformen. Staatliche Gesellschaften wie das EWZ und die städtischen Werke Luzern haben die Änderungen gesehen und erste zaghafte Versuche gestartet, sich damit zu befassen. Das kann man von den staatlichen Aktiengesellschaften wie den Nord-Ost-Schweizer Kraftwerken NOK und den Berner Kraftwerken BKW nicht sagen. Diese lassen eindeutig Anhaltspunkte darauf vermissen, was denn nun der Vorteil an der privaten Rechtsform der AG sein soll. Mit alt Regierungsräten gut bestückt betreiben sie eine urkonservative Politik. Ein anderer Punkt betrifft die Rahmenbedingungen im Stromnetzbereich. Hier sieht es ähnlich aus wie früher die Absprachen zwischen den Milchmännern: ein Stadtteil für mich, ein Stadtteil für dich. Ich finde es nur in Ordnung, dass ich selber meinen Strom und den Lieferanten wählen kann.

Haarsträubend finde ich das Weiterlaufen der Atomkraftwerke, obwohl heute eine Mehrheit der Schweizer Bevölkerung diese nicht mehr will. AKW werden täglich mit Millionen quersubventioniert, so Leibstadt diesen Sommer jeden Tag mit einer Million Franken aus dem Wasserstrom. Ich sehe nicht ein, warum die Mono-



Hanspeter Guggenbühl, Journalist und Strommarktexperte

pole der Elektrizitätswerke, die meinen Standpunkt nicht vertreten, geschützt werden sollten. Es müsste möglich sein, sich über ein EW-Gebiet hinaus diejenigen Leistungen bei einem pfiffigeren EW zu besorgen, die man will.

Guggenbühl: Die idyllische Vorstellung von Märkten, in denen jeder seinen Strombedarf selber bestimmen kann, betrifft doch nur die Stellen hinter dem Komma. Wesentlich sind andere Dinge. Unter neuen Verhältnissen werden die alten Strukturen fortgepflanzt. Staatliche Monopole werden einfach ersetzt durch multinationale Konglomerate. Ändern wird sich dadurch kaum etwas. Die Marktöffnung wird noch viel politisches Futter liefern. Aufpassen müssen wir bei den Vorbereitungs-handlungen auf den Markt hin: Hier wird versucht, aus blosser Rhetorik politisches Kapital zu schlagen, indem beispielsweise das EWZ findet, wegen der Marktöffnung müssten die politischen Rahmenbedingungen gelockert werden. Auch die Industriellen Werke Basel (IWB) haben zwar im Promillebereich Lenkungsabgaben eingeführt, machen aber gegenüber Grossabnehmern bereits Strompreinsnachlässe, damit ihnen nicht ein anderer Anbieter diese KundInnen wegschnappt. Diesen vorausseilenden Gehorsam finde ich gefährlich.

Kuhn: Politisch sind wir in einer Patt-Situation. Das Bundesamt für Energie BFE hat zum Strommarktgesetz 150 Vernehmlassun-



Christian Besmer, Mitarbeiter EWZ, Vereinigung Städtischer ArbeitnehmerInnen Zürich VSAZ

gen erhalten, die sich diametral gegenüberstehen. Die Regierung bemüht sich, in zahllosen Kompromissen den Ansprüchen zu genügen. Unterdessen passiert folgendes: Bezüger von mehr als 20 Gigawatt Strom pro Jahr kommen zum EWZ und fordern: Wenn ihr uns nicht einen günstigeren Tarif gebt, gehen wir anderswohin was ich mir als Privater nicht leisten kann.

Besmer: Das ist eben das Gesetz des Marktes: Alles ist eine Frage des Preises. Man spricht dementsprechend auch nicht von einer Liberalisierung fürs Volk, sondern von einem Elektrizitätsmarktgesetz. Diskussionen von Wirtschaftsvertretern entnehme ich, dass dies zuerst einmal bedeutet, die Elektrizitätswerke der demokratischen Kontrolle zu entziehen, um dann mit privatisierten Werken den Preis auszuhandeln. Werte wie Versorgungssicherheit, Ökologie, Arbeitsplatzsicherheit sind in diesem Markt überhaupt kein Thema. Tatsächlich ist es so, wie Eva Kuhn sagt: Die Grossen kommen zum EW und sagen: Macht uns ein Angebot, denn der Markt kommt. Die machen daraus ein Naturereignis, als ob der Markt so sicher kommt, wie auf den Tag die Nacht folgt. Der Markt ist aber menschengemacht und kann demzufolge auch durch Menschen behindert werden. Ich bin auch dafür, Strom-Barone wie die NOK von einer anderen Politik zu überzeugen, aber das läuft nicht über den Strommarkt. Wir müssen das Prozedere

Argumente

Die Vereinigung der Städtischen ArbeitnehmerInnen Zürich VSAZ ist im Elektrizitätswerk der Stadt Zürich EWZ die mitgliederstärkste Personalvertretung. Aus ihrer Grundsatzerklärung:

- Wir sind gegen die Privatisierung resp. Liberalisierung der elektrischen Energie aus folgenden Gründen:
- die gesetzliche Verpflichtung zur Vorsorge und Sicherstellung der politisch erwarteten Versorgungssicherheit entfällt;
- unter Marktbedingungen lässt sich Langfristigkeit der Investitionen nicht mehr realisieren;
- die Strompreise für KleinbezügerInnen werden erheblich erhöht, die grössten VerbraucherInnen profitieren von Billigangeboten;
- dadurch subventioniert das Volk die GrossbezügerInnen im Industrie- und Dienstleistungsbereich (siehe EU-Vorgabe);
- die Einflussnahme der Politik auf die ökologische Produktionsauswahl fällt weg;
- die Zulassung von billigstem ausländischem Strom aus atomaren und konventionell thermischen Kraftwerken ist abschbar;
- die Grossverbraucher werden keine Umweltauflagen bei der Stromproduktion zulassen;
- die Kleinverbraucher können allenfalls teure Energie einheimischer Wasserkraft beziehen;
- es ist auch ohne Marktöffnung und Privatisierung möglich, private ökologische Produktion und ihre AbnehmerInnen zu verbinden (Solarstrombörse);
- an die Stelle der demokratisch steuerbaren Staatsmonopole werden ausländische Monopole der Energiemultis wie Exxon treten, woraus die totale Abhängigkeit folgt.

Es ist äusserst betrüblich, dass staatseigene, gesunde Betriebe wie das EWZ, welches Zeit seines Bestehens einen markt- und volkswirtschaftlichen Gewinn für die Bevölkerung erbracht hat, jetzt dem Volk abgeluchst und dem freien Kapital zum Frasse vorgeworfen werden soll.

umkehren: Wir brauchen keinen Markt, sondern wir müssen schauen, dass der Strom als ökologisches, wertvolles Gut erhalten bleibt. Er darf nicht zu einem Marktprodukt werden. Aber Markt ist halt *trendy*, die Schulen erwischen es, und bald das Matterhorn; auch die Luft könnte man an einen Zähler hängen. Der grenzenlose Markt der Multis, dem muss möglichst bald etwas entgegengesetzt werden.

Scherr: Wem nützt es, wem schadet es – das sind Fragen, die schon fast tabu sind. Ich bin da etwas altmodisch. Nehmen wir das Beispiel Wasser. Im Kanton Zürich ist festgelegt, dass mit Wasser kein Gewinn erzielt werden darf, weil es ein Grundgut darstellt. Wer über einer bestimmten

Menge Wasser verbraucht, bezahlt den doppelten Tarif, weil Wasser eben ein knappes, ein kostbares Gut darstellt, das allen zugute kommen soll. Wie steht das nun mit dem Strom? Auch Strom ist ein Grundgut. Da stellt sich dann die Frage nach den Steuerungsmechanismen. Werden diejenigen belohnt, die weniger brauchen – wie beim Wasser –, oder diejenigen, die mehr brauchen, wie es jetzt für den Strom der Fall ist? Es gilt auf jeden Fall, hier nicht den Bären zu verkaufen, bevor er erlegt ist. Wir müssen eine Bremswirkung entfalten, um das Vorauseilen der Elektrizitätswerke abzufangen.

Guggenbühl: Die Marktöffnung wird kommen, nur schon wegen des Druck durch das Ausland. Ein echter Markt könnte auch gute Resultate erzielen. Auch wenn man dem Markt kritisch gegenübersteht, sollte die Taktik – angesichts der Vorwürfe des Rosinenpickens, der Konglomeratsbildung, des Ökodumpings und des Absahnens der Grossen – nicht sein, sich dem Markt zu verweigern, sondern einen richtigen, vollständigen Markt zu fordern. Aber den zu schaffen, gelingt ihnen – nicht zuletzt aus technischen Gründen – nicht.

Glauser: Um nochmals klarzustellen: Das EWZ ist für mich eine optimale Form und hier muss man auch mehr Handlungsfreiheiten gewähren. Ich denke ähnlich wie Hanspeter Guggenbühl: Wenn schon ein Markt, dann ein richtiger. Sich gegen die Markteuphorie zu stellen, ist gegenwärtig chancenlos. Wir brauchen angesichts der herrschenden Wildwest-Zustände im Grossverbrauchssektor dringend das Elektrizitätsmarktgesetz. Darin müssen wir unsere Positionen, die auch soziale und ökologische Absicherungen betreffen, verbessern. Hier finden sich auch neue Koalitionen zwischen Rot-Grün und den Alpenkantonen, die ein Interesse haben, ihren Strom in die Städte zu bringen. Wenn wir geschickt agieren, können wir ein Gesetz schaffen, das uns massive Vorteile bringt.

Wir, das heisst die rot-grüne Seite, die Alpenkantone und die städtischen Gesellschaften, setzen uns dafür ein, dass eine schweizerische Netzgesellschaft geschaffen wird und dass die

grossen Gesellschaften dazu enteignet werden. Das ist keineswegs utopisch. Dann muss die Durchleitung von Strom möglich werden. Weiter müssen alle Kosten transparent gemacht werden, z.B. die Milliardenausgaben für Atomkraftwerke und ihre Abfälle. Im Ganzen geschen ist der Name Liberalisierung verfehlt. Wir müssen eine neue Elektrizitätsmarktordnung schaffen, die nicht eine von gestern ist.

Kuhn: Wahrung sozialer und ökologischer Standards, nationale Netzgesellschaften mit gleicher Zugangsberechtigung; können all diese Ziele wirklich mit dem neuen Gesetz erreicht werden?

Scherr: Ich teile die Taktik von Heini Glauser, aber nicht seinen Optimismus. Positiv an Koalitionsmassnahmen finde ich angestrebte Poolbildungen zwischen kommunalen BetreiberInnen. Die kommunalen Betreiber müssen ja auch aufpassen, dass sie nicht von Grosskonzernen übergangen werden. Diese sagen: Wir wollen ein Angebot für die ganze Schweiz und nicht mit regionalen Anbietern überall neu verhandeln. Hier müssen Gegenstrategien entwickelt werden. Wichtig ist natürlich die Frage der Netzgesellschaften. Hier wäre für das EWZ zu überlegen, ob es nicht seine Anteile am Netz der NOK überlässt und nachher mit ihr die Transitkonditionen aushandelt. Man kann sich dabei sogar an die Liberalen der NZZ anlehnen: Sie monieren, dass im norwegischen Netz totale Transparenz herrscht. Es ist öffentlich kontrolliert, so dass nicht noch mit fünf Wegelagerern über Durchgangspreise verhandelt werden muss. Ein anderer Pfeiler wären Lenkungsabgaben, die beispielsweise auch die Qualität des Stroms betreffen würden.

Im Moment ist die Diskussion eigentlich, wie die Grossbezügler billiger zu ihrem Strom kommen sollen. Unsere Frage lautet aber: Wie kommen wir zu einer guten, neuen Ordnung? Im Moment handelt nicht die Politik, sondern der Markt öffnet Schleusen. Die Politik steht dann vor einem *fait accompli*.

Kuhn: Entwickeln die Elektrizitätswerke wirklich Konzepte, statt

Energie&Umwelt

WKK statt AKW: Effizienz gegen Verschwendung?

Energie&Umwelt, das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES, macht sich stark für die erneuerbaren Energien, für die effiziente Verwendung der Energie und für den Ausstieg aus der Atomtechnologie. E&U erscheint viermal jährlich jeweils mit einem Schwerpunktthema. Die aktuelle Dezember-Ausgabe ist der hocheffizienten Technologie der Wärmekraftkopplung (WKK) gewidmet. Fachleute machen die ökologischen und ökonomischen Vorteile der WKK auch Laien klar. Ein Report bringt zudem Licht ins Dunkel der Industriestrompreise, insbesondere in die Dumpingangebote der Stromwirtschaft zur Verhinderung der WKK-Technologie.

Die Schwerpunktthemen der letzten vier Nummern lauten: Marktöffnung spaltet die Stromwirtschaft (4/97); Strom ohne Atom. Die neuen Initiativen 1/98); Verkehrszukunft der Schweiz (2/98); Ökostrom aus Wasserkraft? (3/98). Einzelne Nummern für 5 Franken oder ein Jahresabonnement für 20 Franken können bestellt werden bei: SES, Sihlquai 67, 8005 Zürich.

sich einfach mit der Frage Privatisierung/Teilprivatisierung zu beschäftigen? Bei der Stromdebatte im Aargau gab es beispielsweise gar keine Diskussion um Alternativen zur Privatisierung. Gibt es für das EWZ Konzepte, sich in diesem Markt anders zu positionieren?

Besmer: Nicht unbedingt auf der Linie des EWZ, und bestimmt nicht auf der Linie von Stadtrat Thomas Wagner, dem Chef der Industriellen Betriebe der Stadt Zürich. Das EWZ hat sich einen guten Namen geschaffen, und viele Dinge wie die Solarstrombörse finde ich sehr positiv. Für mich ist dies der Beweis, dass es den Markt nicht braucht. Das EWZ hat ein Projekt ausgearbeitet, "Fit für den Markt", das sich mit drei Szenarien für die Zukunft des EWZ im Markt befasst. Dazu konnten die Verbände an der Vernehmlassung teilnehmen. Wir, das heisst alle Verbände, schickten Stadtrat Wagner einen Brief mit der Frage, wieso diese Privatisierung im Stadtrat behandelt wurde, bevor die Verbände irgendeine Bestätigung erhalten hatten, dass ihre Vernehmlassung eingetroffen sei. Sie hatten weder eine Antwort darauf noch die Möglichkeit erhalten, nochmals zusammenzukommen. Wir wurden vor scheinbar vollendete Tatsachen gestellt. Das ist nicht vorausseilender Gehorsam, sondern eine vorausseilende Strategie neoliberaler Kreise. Das Personal des EWZ wurde als Alibi kurz befragt, konnte sich aber nicht wirklich äussern.

Wir kommen um ein Referendum gegen die geplante Strompreisreduktion für Grossabnehmer gar nicht herum, wenn wir bei der Diskussion über Ausgliederung und Privatisierung noch dabei sein wollen.

Scherr: Eine Privatisierung des Zürcher Elektrizitätswerks wäre ein Schildbürgerstreich, weil die nationale Gesetzgebung dafür noch gar nicht besteht. Wir müssen die Reihenfolge vom Kopf zurück auf die Füsse stellen: zuerst die Politik, dann die Wirtschaft. Ich bin optimistisch, dass wir dort einige unsere Anliegen ins neue Gesetz einbringen können.

Publikumsfrage: Besteht ein Zusammenhang zwischen Libera-

Referendum gegen Strompreisgeschenke in Zürich

Am 2. Dezember hat der Zürcher Gemeinderat mit 69 zu 26 Stimmen ein happiges Tarifgeschenk für Grossbanken und Versicherungen beschlossen. Er will – lange bevor ein eidgenössisches Elektrizitätsmarktgesetz vorliegt – den Stadtrat ermächtigen, mit den 22 grössten Bezüglern des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich EWZ Verträge zu individuellen Marktpreisen abzuschliessen. Ein Drittel bis die Hälfte des heute an die Stadtkasse abgelieferten Gewinns von 45 Millionen Franken würden so an eine kleine Minderheit verschenkt. Haushalte und Kleingewerbe hätten das Nachsehen. Sie müssen weiterhin den normalen Tarif bezahlen und später unter Umständen die Zeche mit Preisauflagen berappen. Der Kniefall von den Grossbezüglern ist erst der Anfang. Bereits plant der Stadtrat, das städtische EWZ in eine private Aktiengesellschaft umzuwandeln und die demokratischen Mitspracherechte in Tariffragen auszuschalten.

Die Alternative Liste AL und das "Komitee gegen Privatisierungswahn" haben gegen den Beschluss des Gemeinderates das Referendum ergriffen. In nur 20 Tagen, bis zum 24. Dezember, müssen 4000 gültige Unterschriften gesammelt werden, damit dieses weihnachtliche Strompreisgeschenk des Gemeinderates wenigstens noch einem Volksentscheid ausgesetzt und allenfalls verhindert werden kann.

Informationen bei: Alternative Liste AL, Postfach 1005, 8026 Zürich. Tel. 01/242 19 45; Fax 01/242 19 60; E-Mail: sekretariat@al-zh.ch

lisierung und Privatisierung? Ist der Markt anzustreben oder ist er unabwendbar, und wir müssen das Beste aus ihm herausholen?

Glauser: Die Gefahr besteht, dass Gewinne privatisiert und Lasten sozialisiert werden. Aber Heimatschutz wollen wir für die Schweizer Energiewirtschaft auch nicht betreiben. Bei den MitarbeiterInnen in den Elektrizitätswerken ist eine hohe Qualität feststellbar, aber wir haben absolut korrupte Führungsgruppen. Heute schon wird für Millionenbeträge privatisiert, beispielsweise von der ATEL und den Elektrizitätswerken, während unrentable Kraftwerke weiterbetrieben werden. Hier müssen Veränderungen stattfinden. Die Privatisierung eines städtischen Betriebes ist keine Folge der Neuordnung des Marktes. Klar ist aber, dass auch ein städtisches Werk bei einem offenen Markt seine Politik überdenken muss.

Im übrigen ist das EWZ kein Musterknahe. Da gibt es zum Beispiel zwei marginal belastete Blockheiz-

werke am Limmatplatz im Migros-Hochhaus. Die städtische Alterssiedlung daneben weist einen hohen Stromverbrauch aus. Mein Vorschlag als Energieberater: Kauft den Strom von der Migros! Der Städtische Energiebeauftragte genauso wie das EWZ sagen, das interessiere sie überhaupt nicht. Sie hätten eh genug Strom. Das ist haarsträubend! Man weiss doch, dass dezentrale Energieproduktion viel besser ist als zentrale Grosskraftwerke – wenn es denn fossile Energie sein muss. Das geschah noch letztes Jahr!

Ich bin der Meinung, die Stromproduktion der Zukunft muss nicht mehr so zentralisiert sein wie in den letzten Jahrzehnten. Auch dezentrale Stromproduzenten sollen in Zukunft selbstbewusster auftreten können.

* Die hier auszugsweise wiedergegebene Diskussion fand am 28. September auf Einladung der Alternativen Liste / Linkes Bündnis unter dem Titel "Die Strom-Debatte. Strommarktliberalisierung und die Zukunft des EWZ" statt.